

Zeitschrift: ZeitBild
Herausgeber: Schweizerisches Ost-Institut
Band: 25 (1984)
Heft: 15

Artikel: Programmredimensionierung für die KPdSU
Autor: Burderer, Georg
DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-1094594>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 18.04.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Programmredimensionierung für die KPdSU

Nach dem 1. Parteiprogramm der KPdSU vom Jahre 1919 (unter Lenin) und dem 2. Parteiprogramm von 1961 (unter Chruschtschow) soll gemäss Zentralkomiteebeschluss jetzt «eine neue Redaktion des Parteiprogramms» erfolgen, das heisst ein 3. Programm entstehen.

Schon bald nach der Bildung der «Kommission des ZK der KPdSU zur Vorbereitung der neuen Redaktion des Programms der KPdSU» fand im April 1984 ihre erste Sitzung statt.

Bei dieser Gelegenheit hielt ihr Vorsitzender, Parteichef Konstantin Tschernenko (einige Moskauer sprechen diesen Namen absichtlich stotternd aus: KUTSCHER-nenko, oder nur den ersten Teil davon, denn in Russisch hat das Wort Kutscher dieselbe Bedeutung wie in Deutsch), eine grosse Rede über die Aufgaben der Kommission und die Grundelemente des neuen Programms.

Diese Rede wurde in der Parteizeitung «Prawda» am 27. April 1984 veröffentlicht, ist aber bei uns praktisch unbeachtet geblieben, obschon sie eine interessante politische Analyse darstellt. Weisen doch alle Vorschläge über die notwendigen Änderungen direkt oder indirekt auf Mängel, Fehleinschätzungen und unrealistische Prognosen des heutigen, seit über 20 Jahren gültigen Parteiprogramms hin. Und dieses Programm bildet ja die Führungsgrundlage nicht nur für das Geburtsland des Sozialismus und seine sozialistischen Bruderländer, sondern für die ganze internationale kommunistische Bewegung:

«Jedes Wort der KPdSU, und erst recht jedes ihrer Programmworte, klingt für die Kommunisten der ganzen Welt sehr autoritativ.»

Die wesentlichen Mängel des heutigen Parteiprogramms können aufgrund der Ausführungen von Tschernenko folgendermassen zusammengefasst werden:

1. Das Parteiprogramm von 1961 ist zu umfangreich, zu unpräzise und sehr unklar formuliert:

«Das Parteiprogramm muss knapp gefasst sowie genau und deutlich formuliert sein, damit es jeder verstehen kann.»

2. Das Parteiprogramm enthält zu viele Zahlenangaben und ist mit Details überladen:

«Nicht die quantitativen, sondern die wesentlichsten qualitativen Daten unserer sich dynamisch entwickelnden Gesellschaft müssen den Hauptinhalt des Programms bilden.»

3. Der Widerspruch zwischen der Realität des Lebens und den Programmthesen ist zu gross:

«Die Diskrepanz zwischen den Hauptelementen des gültigen Parteiprogramms und dem realen Gang der geschichtli-

chen Entwicklung muss eliminiert werden.»

4. Das alte Programm enthält leichtfertige Vorstellungen über den baldigen Übergang zum Kommunismus:

«Es herrschte bei uns eine zu leichte Vorstellung über die Wege und Fristen des Übergangs zur höchsten Phase des Kommunismus. Das Programm sollte aber ein Programm zur Vervollkommenung des entwickelten Sozialismus sein, was eine schrittweise Fortbewegung zum Kommunismus bedeutet.»

5. Das Programm von 1961 (Chruschtschow-Programm) war auf eine ferne Zukunft ausgerichtet und vermied den Hinweis auf konkrete, schwierige Aufgaben:

«Wenn man die Aufmerksamkeit auf eine relativ ferne, wunderschöne, rosarote Zukunft konzentriert, so beachtet man nicht die nächstliegenden Aufgaben des schwierigen Übergangs zu dieser Zukunft. Man muss die komplizierten Probleme, welche die Gesellschaft zu bewältigen hat, aufzeigen.»

6. Im Zusammenhang mit der allgemein zunehmenden Gleichgültigkeit gegenüber den Fragen der kommunistischen Ideologie in der Sowjet-

City Bank-Anlageplus

4½% Anlageheft/-konto mit Zinsgarantie!

Mehr Zins - garantierter Zins und Sicherheit

Bis 30. Juni 1984

CITY BANK

Talstrasse 58,
8021 Zürich,
Tel. 01/211 76 11

- die Bank mit dem Anlageplus

Wir gehören zur Gruppe der Schweizerischen Kreditanstalt

Diese Anlageformel interessiert mich/uns.
 Bitte senden Sie mir/uns Ihre Unterlagen.
 Könnten Sie sich bitte mit mir über Tel. Nr. _____ (am ehesten um _____ Uhr) in Verbindung setzen?

Name: _____ Vorname: _____

Strasse: _____

PLZ/Ort: _____

Einsenden an: CITY BANK, Talstr. 58, 8021 Zürich

ZB

union weckten offenbar die zeitlich fernen Endziele und die fernen verlockenden Perspektiven bei den Sowjetbürgern nur wenig Gegenliebe und Enthusiasmus:

«Das Schwergewicht muss in der historisch überblickbaren Zukunft liegen, auf den Zielen, die für die gegenwärtige Generation erreichbar sind.»

7. Verschiedene aussenpolitische Elemente des alten Programms verloren ihre Gültigkeit wegen der Fehlkalkulation der sowjetischen Aussenpolitik oder wegen unvorhergesehener politischer Entwicklungen (Eurokommunismus, CSSR 1968, Polen 1980, teilweise Prestige- und Präsenzverluste der Sowjetunion in der Dritten Welt, festere Haltung der USA in den letzten Jahren usw.). Deshalb sollte die Aussenpolitik im Parteiprogramm eine Nebenrolle spielen:

«Die äusseren Bedingungen, unter welchen unsere Partei handelt, sind sehr kompliziert und verändern sich rasch. Das Programm muss den Fragen der inneren Entwicklung des Landes gewidmet sein. Von ihrer Lösung hängen auch unsere Erfolge in der Aussenpolitik ab.»



Indessen vermeidet man peinlich genau den Ausdruck «Neues Programm» und spricht nur von der «Neuen Redaktion des Parteiprogramms». Tschernenko liefert die Erklärung dazu:

«Ein anderes Programm brauchen wir tatsächlich nicht, denn die im geltenden Programm gestellten strategischen Aufgaben, verbunden mit dem Aufbau des Kommunismus, sind noch nicht erfüllt.»

Das ist eine politisch sehr wichtige Feststellung des Parteichefs, denn damit wird, entgegen manchen Spekulationen über die angebliche Veränderung in der Zielsetzung Moskaus, die Konstanz der politischen Strategie bzw. der politischen Kriegsführung bestätigt.

Über die Zusammensetzung der Programmkommission ist bekannt, dass Tschernenko sie präsidiert und ihr folgende Personen angehören: M. Gorbatschew (Politbüromitglied), A. Gromyko (Politbüromitglied), B. Ponomarew (ZK-Sekretär und Politbürokandidat), M. Simjanin (ZK-Sekretär), W. Medwedew (Abteilungsleiter im ZK), B. Stukalin (Abteilungsleiter im ZK), W. Afanasjew («Pravda»-Chefredaktor), R. Kosolapow («Kommunist»-Chefredaktor), P. Fedossejew (Vizepräsident der Akademie der Wissenschaften).

Ein Entwurf des neuen Parteiprogramms wird dem ZK-Plenum vorgelegt, und dann ist seine «breite Diskussion in der Partei» vorgesehen. Es ist anzunehmen, dass etwa 1986, also nachdem die KPdSU ein Vierteljahrhundert lang einem unrealistischen, leichtfertigen, schwerverständlichen Programm gefolgt ist, vielleicht ein neues Programm aufgestellt wird.

Georg Bruderer

«Attestieren» auf sowjetisch

Zu den Methoden gegenwärtiger Wirtschaftssanierung in der Sowjetunion gehört die sogenannte «Attestierung der Arbeitsplätze» in den Betrieben. Das ist dort die Umschreibung für einen Vorgang, den man hierherum einfach als Personalabbau bezeichnen würde.

Oder mindestens als Vorbereitung dazu. Die Attestierung ist die Überprüfung der Arbeitsplätze in bezug auf ihre Notwendigkeit zur Planerfüllung und die «Genehmigung der dazu erforderlichen Zahl». Die übrigen Arbeitsplätze werden aufgehoben, aber das nennt man in der wirtschaftswissenschaftlichen Terminologie nicht beim Namen, sondern spricht vom höheren Niveau der Arbeitsorganisation.

Unter Wahrung dieser und ähnlicher Euphemismen hat soeben in Tula eine Konferenz für Wissenschaftspraxis die Attestierung der Arbeitsplätze gefordert und gleichzeitig mitgeteilt, man habe damit «in vielen Betrieben schon begonnen». Die «Forderung» besteht somit in der Absegnung dessen, was ohnehin im Tun ist («Economitscheskaja gazeta», Moskau, Nr. 28/1984).

Weil die Attestierung auf die Abschaffung überflüssiger Arbeitsplätze hinausläuft, bedeutet sie im Endergebnis auch die Entlassung der bis anhin dort beschäftigten oder unbeschäftigten Leute. Was geschieht mit ihnen?

Die Sowjetunion anerkennt für ihr Territorium den Begriff der Arbeitslosigkeit nicht. Die Verfassung garantiert ja das Recht auf Arbeit. Nur garantiert sie keine Frist. Und so kann es kommen, dass einer, der seine Stelle verliert, monatelang und im Extremfall sogar jahrelang auf eine neue Stelle warten muss. Und in dieser Zeit ist er nicht etwa arbeitslos (weil das für sowjetsozialistische Verhältnisse definitionsmäßig ausgeschlossen ist), nein: er ist eine «fluktuierende Arbeitskraft».

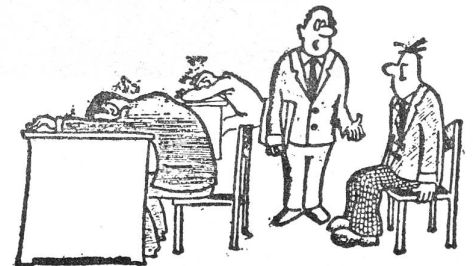
(Das Recht auf Arbeit funktioniert praktisch etwas besser als das Recht auf Wohnung, aber grundsätzlich analog. Wer die ihm rechtens zustehende Wohnung mit 9 m² pro Person nicht hat, kann seinen Anspruch so «verwirklichen», dass er als bezugsberechtigte Person auf eine Warteliste eingetragen wird – und dann kann er zehn Jahre warten, falls er sich mit seiner Berechtigung zufriedengibt und nicht mit Bestechung nachhilft.)

Die «fluktuierenden Arbeitskräfte» in der Sowjetunion wären also bei uns schlicht Arbeits-

lose – mit einem Unterschied: Weil es in der Sowjetunion keine Arbeitslosigkeit gibt, gibt es auch keine Arbeitslosenversicherung. Die dort «Fluktuierenden» sind also Arbeitslose ohne Entschädigung.

Insgesamt ist in der Sowjetunion (die unter anderem enorm viel Leute für den Kriegs- und Polizeiapparat braucht) die wie immer genannte oder ungenannte Arbeitslosigkeit allerdings bisher kein Hauptproblem. Permanent gross ist vielmehr der Anteil der sogenannten «innerbetrieblichen Arbeitslosigkeit». Sie besteht darin, dass viele Leute wohl einen Arbeitsplatz, aber keine dazugehörige Arbeit haben. Da sie trotzdem mindestens ihren Grundlohn erhalten, erwächst ihnen allenfalls nur der Nachteil fehlender Arbeits- und Leistungsprämien, doch da man immer mehr dazu übergeht, den Prämienanspruch des einzelnen nach den Leistungen seiner Arbeitsbrigade insgesamt festzulegen, verteilen sich die Kosten der innerbetrieblichen Arbeitslosigkeit auf alle Betriebsangehörigen. Das ist das Bild, das in der sowjetischen Beschäftigungsproblematik dominiert – bis jetzt wenigstens.

Die jetzigen Massnahmen zur «Attestierung» der Arbeitsplätze bekämpfen nun gerade die Erscheinung der innerbetrieblichen Arbeitslosigkeit, die nicht nur den Beschäftigten teuer zu stehen kommt, sondern auch den Betrieben selbst. Dafür verschärft sich dann das Problem der ungenannten, aber tatsächlichen Arbeitslosigkeit. Oder mit dem sowjetischen Euphemismus ausgedrückt: Die «Arbeitskräftefluktuation» wird voraussichtlich zunehmen. Aber vielleicht braucht man auch bloss mehr Soldaten. ■



Die «interne Arbeitslosigkeit» in der Sowjetunion: «Dir ist im nächsten Halbjahresplan ein Arbeitstisch versprochen.» (Aus der Gewerkschaftszeitung «Trud», Moskau)